

Miteinander

Nº 4

— NIE WIEDER IST JETZT —

*Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser!*

Langsam beginnt die Aufarbeitung der Coronazeit. In Deutschland wird über die zahlreichen und teilweise verheerenden Nebenwirkungen der von Gesundheitsminister Lauterbach als „nebenwirkungsfreieste Impfung“ propagierten mRNA Behandlung diskutiert.

„Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst“ heißt es. Medien kommen mit der einzigen Wahrheit daher, Faktenchecker stellen fest, dass die anderen Falschinformationen verbreiten, ohne uns konkret zu sagen, welche das sind und woher sie diese Weisheiten haben.

Laufen wir beim Thema Klimawandel in die gleiche Falle, die von sogenannten Experten, Medien und Politikern, die bar jeglichen Fachwissens sind, aufgestellt wird? Müssen wir damit rechnen, dass sich auch bei diesem Thema in einigen Jahren herausstellt, dass die Maßnahmen unwirksam waren? Eine umfassende Diskussion findet nicht mehr statt. Es gibt nur noch die eine Meinung. „Ich habe die Antwort, verwirre mich nicht mit den Fakten“ ist die Devise.

Damit diese unglückliche Situation endet, möchten wir mit unseren Artikeln zum Nachdenken anregen. Durchaus bewusst sind wir uns dabei, dass unsere Meinungen nicht von allen geteilt werden, und das ist gut so! Denn eine Demokratie lebt von Meinungsvielfalt und Diskurs – und dabei hat auch mal einer nicht recht.

Martin Hilbert



Über Jahrzehnte haben wir in der Schule und in den Medien gehört: Nie wieder Krieg!

Seit einem Jahr hören wir täglich über den anhaltenden Krieg vor unserer Haustüre, und es scheint, als würden die Medien diesen feiern. „Diese Panzer retten Leben“ titelt eine große Zeitung und „Waffen für die Ukraine sind Pflicht christlicher Nächstenliebe“ befindet die Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche, Kurschus. Bislang war es christlich, auf Gewalt zu verzichten. Die Welt steht Kopf.

Welche Vorstellungen haben die Menschen von Krieg? Glauben sie vielleicht, dass sie einen Zugangscode für ein Computerprogramm bekommen, in dem sie dann Krieg führen werden?

Fragen Sie Ihre Großeltern, wie sie den Krieg und die Nachkriegsjahre erlebt haben. Fragt sie, wieviele Verwandte, Brüder, Väter, Nachbarn sie im Krieg verloren haben. Wie es war, in den ausgebombten Städten, die von unseren Groß- und Urgroßeltern wieder aufgebaut wurden (und nicht, wie einige Politiker meinen, von Gastarbeitern), den Hunger, die Not, die ständige Angst und die Trauer um verlorene Menschen.

In Umfragen sprechen sich die Deutschen mehrheitlich für Friedensverhandlungen aus (statista, 2.3.2023). Doch die Außenministerin verspricht, in der Ukraine zu kämpfen, egal, was ihre Wähler dazu sagen.

Fortsetzung Seite 2

Friedensverhandlungen werden entweder gar nicht erst begonnen („die Russen wollen eh' nicht mitmachen“, Ukraine will Friedensverhandlungen ohne Russland am Tisch) die letzte, von China ergriffene Friedensinitiative wird kommentiert mit: China will nur seine eigenen Interessen durchsetzen. Da fällt einem das Zitat von Egon Bahr ein:

In der internationalen Politik geht es NIE um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht IMMER um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.

Eine der ersten Friedensinitiative ging vom ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Naftali Bennett aus. Er sah gute Chancen, jedoch wurde die Initiative aufgrund des Einspruchs von Großbritannien und den USA nicht weitergeführt.

Kanzler Scholz versucht bei seinem Besuch in Brasilien, den neu gewählten Präsidenten Lula zu Waffenlieferungen zu überzeugen. Der reagiert mit der Gründung einer Friedensinitiative, die ebenfalls im Sande verläuft. Das Redaktionsnetzwerk Deutschland, mehrheitlich in der Hand der SPD, kommentiert das Scheitern damit, dass Lula die Rolle des Aggressors nicht ausschließlich Russland zuschreiben will.

Altkanzler Schröder wird für seine Verhandlungsbemühungen mit einem Parteiausschlussverfahren bedroht.

Harald Kujat, Generalmajor der Bundeswehr a.D., gibt in „Emma“ ein Interview, in dem er auch die Aussage der Altbundeskanzlerin Merkel wiedergibt, das Minsker Abkommen sei nicht geschaffen worden, um die Region zu befrieden, sondern um Zeit für eine Aufrüstung der Ukraine zu gewinnen. Kujat konstatiert ebenfalls, dass die Istanbul Verhandlungen vom Westen konterkariert wurden, der Westen, so Kujat sei nicht bereit für einen Frieden. Und unterdessen sterben weiterhin unschuldige Soldaten auf beiden Seiten.

Die Friedensinitiative von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer wird niedergemacht, weil sich Rechte daran beteiligen würden. Was, glauben Sie, würde eine Mutter, die ihren Sohn in den Krieg schicken muss, dazu sagen: würde sie ihren Sohn lieber auf dem Schlachtfeld opfern oder einen Frieden vorziehen, auch wenn er von sogenannten „Rechten“ unterstützt wird?

Dies alles lässt uns fassungslos zurück. Wir sind tatsächlich wieder einmal in einen Krieg verwickelt, den wir ganz offenbar aktiv antreiben.

Sollte Deutschland nicht aus Verantwortung aus seiner Geschichte alles, was möglich ist, tun, um den Krieg zu beenden, statt ihn weiter anzufeuern? Stände es uns nicht gut zu Gesicht, nach allen Erfahrungen und allem Leid aus zwei Weltkriegen, alles zu tun, um weitere Kriege, egal wo in der Welt, zu vermeiden und durch Diplomatie zu beenden? Wir sollten Vermittler sein und nicht auf einer Seite stehen.

Es bleibt dabei: Nie wieder Krieg! 

Martin Hilbert & Eleonore Büschges

ALTERNATIVE MEDIEN

Die Nachdenkseiten werden seit 2003 von **Albrecht Müller** betrieben. Müller war von 1987-1994 als SPD Abgeordneter im Bundestag, leitete den Wahlkampf von Willy Brandt. Nun wurde seiner Seite die Gemeinnützigkeit entzogen. Erfreulich: die Finanzierung ist dennoch gesichert – Menschen bezahlen freiwillig für guten Journalismus, auch ohne Spendenquittung.

www.nachdenkseiten.de

Immer wieder erfrischend ist **neverforgetniki**, den man auf Telegram, YouTube und Facebook findet.

Niklas Lotz kommentiert das politische Geschehen mit jugendlichem Elan und scharfer Kombinationsgabe.

 Redaktion

MONTAGS AUF DER STRASSE

Seit mehr als zwei Jahren treffen sich Menschen in Bad Dürkheim und vielen anderen deutschen Städten zu Montagsspaziergängen. In Wortbeiträgen und auf Schildern fordern sie sofortige Friedensverhandlungen und ein Stopp der Waffenlieferungen. Auch andere Themen werden angesprochen. Insgesamt möchte man seine Unzufriedenheit mit der derzeitigen Politik zeigen.

 Redaktion



— DIE KLIMA(SCHUTZ) UTOPIE —

Vor ca. 10.000 Jahren endete die letzte Würm-Eiszeit, in der sich in der nördlichen Hemisphäre ein Kilometer hoher Eispanzer dort erstreckte, wo der geschätzte Leser heute sein Zuhause hat. Die Temperaturen lagen im Alpenraum ca. 10° unter heutigem Niveau, der Meeresspiegel bis zu 120 Meter niedriger. Zur Eem-Warmzeit davor lagen die globalen Temperaturen um 3°-4° und der Meeresspiegel um 10 m höher als heute. Derzeit befinden wir uns in der Holozän-Nacheiszeit, welche uns ein gemäßigtes und recht stabiles Klima beschert.

Dieser rätselhafte Wechsel zwischen lang anhaltenden Kältephasen und kurzen Warmphasen wurde 1941 durch den Mathematiker Milutin Milanković durch periodische Änderungen der Erdbahn und -Achsenkippen erklärt. Der nach ihm benannte Milanković-Zyklus wird uns in ca. 30.000 Jahren wieder eine Erdabkühlung beschern, die das Gebiet des heutigen Deutschland weitgehend unbewohnbar machen wird.

Klimawandel ist nicht zu leugnen - er gehört zu den fundamentalen Umwelteinflüssen der Erdgeschichte, und Menschen haben sich schon immer an veränderte Klimabedingungen anpassen müssen.

Nun wird durch den Verbrauch fossiler Brennstoffe der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre erhöht und eine Erwärmung begünstigt - aktuell liegt die Durchschnittstemperatur ca. 1,1 Grad höher als zur vorindustriellen Zeit - allerdings nur, wenn der Betrachtungszeitraum hinreichend kurz gewählt wird. Die Prognosen von Wissenschaftlern gehen von weiteren Steigerungen aus, exakte Klimamodelle gibt es jedoch nicht.



Natürlich ist es klug, die endlichen fossilen Brennstoffe mittelfristig zu ersetzen und im Einklang von Wissenschaft, Technologie, Politik und den Bedürfnissen aller Menschen geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, wie klimatisch veränderte Lebensbedingungen lokal und global gemeistert werden können. Realität ist jedoch eine politisch instrumentierte und medial angeheizte Klimapanik, die in der Wortwahl „Klimakatastrophe“, gar

„Klima-Apokalypse“ Ausdruck findet. Kein Starkregen sei ein normales Wetterereignis, sondern ein Zeuge der Klimakatastrophe! Kritisches Hinterfragen wird als Klimaleugnerie verdammt, jeder Diskurs im Keime erstickt. Menschen sind ob der Panikmache schon so irrsinnig, dass sie sich auf Straßen kleben, um das Weltklima zu retten - dies ist keine Last Generation, dies ist eine Lost Generation.

Deutschland bricht in einem ideologisch geprägten CO₂-Reduktionsfanatismus aus, der geeignet ist, unser Land nachhaltig zu verschandeln, unsere Industrie aus dem Lande zu treiben und die Bürger zu verarmen - und dies ohne jeglichen Effekt für das Klima. Deutschland trägt zu ca. 1,8% der weltweiten CO₂-Emissionen bei - werden diese morgen auf 0% runtergefahren, ändert sich an der Fördermenge fossiler Brennstoffe rein gar nichts! Der Bedarf an fossilen Brennstoffen ist weltweit steigend, und daher werden Fördermengen nicht gedrosselt. Während wir auf das Ende der Kohleverstromung in 15 Jahren zugehen, werden weltweit ca. 1.600 neue Kohlekraftwerke gebaut. Während wir aus der Kernenergie aussteigen, sind weltweit über 400 Kernkraftwerke in Betrieb und 90 neue in Planung. In puncto sicherer Grundlastversorgung ist Deutschland weltweit der Geisterfahrer: eine unsichere und teure Energieversorgung führt direkt in eine zügige Deindustrialisierung durch Abwanderung von Schlüsselindustrien ins Ausland.

Wie wird die Zukunft einer CO₂-neutralen und stabilen Energieversorgung aussehen? Aufwändige Technologien wie beispielsweise die Kernfusion werden benötigt, um den wachsenden Energiebedarf der Menschheit zu stillen. Hierzu kann Deutschland nur einen entscheidenden Beitrag leisten, wenn es sich wirtschaftlich nicht durch seine ideologisch fehlgeleitete Energiepolitik selbst ruiniert. Und dazu gehört auch, nicht einseitig auf „Erneuerbare“ zu setzen, die Grundlast Problematik zu leugnen und unser Land mit Windparks zu verschandeln, die sowohl ökologisch wie ökonomisch bedenklich sind.

James Lovelock, seit den 1960ern ein Symbol im Kampf gegen CO₂-bedingten Klimawandel und einer der Gründer der grünen Bewegung schrieb schon im Dezember 2012: „Windparks sind Denkmäler einer gescheiterten Zivilisation [...] Ich bin Umweltschützer und Gründungsmitglied der Grünen, aber ich neige mein Haupt in Scham bei dem Gedanken, dass unsere ursprünglichen guten Absichten derart missverstanden werden. Wir haben niemals eine fundamentalistische grüne Bewegung beabsichtigt, die alle anderen Energiequellen als die der Erneuerbaren Energien ablehnt, noch haben wir erwartet, dass die Grünen unser ökologisches Erbe von unschätzbarem Wert wegwerfen, wegen ihres Versagens zu verstehen, dass die Bedürfnisse der Erde nicht von menschlichen Bedürfnissen zu trennen sind.“ 

Jens Jahnke

— WIND AN LAND GESETZ —



Am 1.2.2023 trat das „Wind-an-Land-Gesetz“ in Kraft. Damit will die Ampelregierung den Ausbau der Windenergie in Deutschland drastisch beschleunigen, um im ersten Schritt bis 2030 Windenergieanlagen mit insgesamt 100 Gigawatt zu betreiben. Dazu will sie die Auszeichnung der „notwendigen Flächen“ zu festen Terminen erzwingen. Bis Ende 2027 müssen alle Bundesländer 1,4% und bis 2032 2% der Landesfläche für Windenergie bereitstellen. Erreichen sie ihr Flächenziel nicht, ist die Bestrafung der Bürger bereits festgelegt. In solchen Fällen treten die landesspezifischen Abstandsregeln außer Kraft. Das sind in RLP 900 m zur Wohnbebauung, die dann entfallen, wohl bemerkt, sie reduzieren sich nicht, sie entfallen! Man nimmt die Bürger quasi in Sippenhaft, wenn Flächen nicht schnell genug verfügbar gemacht werden.

Es wird verkündet: „Das Gesetz stellt klar, dass der Betrieb von Windenergieanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der **öffentlichen Sicherheit dient. Landschaftsschutzgebiete können in die Suche nach Flächen... einbezogen werden.**“

Offensichtlich ist die Ampel der Meinung, dass unzählige Windräder unserer Landschaft nicht schaden aber der öffentlichen Sicherheit nutzen? Wenn man berücksichtigt, dass große Anlagen im Abstand von ca. 500 m stehen müssen, sind es über 40.000, die künftig dicht gedrängt das Landschaftsbild deutscher Bergrücken zieren. Denn für diese 2% der Fläche wird man sicherlich die höheren Lagen reservieren, so dass auch DÜW in den Genuss vieler großer Windenergieanlagen kommen wird.

Weiter heißt es: „Mit den **Änderungen am Bundesnaturschutzgesetz ermöglichen wir straffere... Verfahren für den Ausbau der Windenergie. Gleichzeitig wahren wir hohe ökologische Schutzstandards und unterstützen gefährdete Arten langfristig durch ein neues Artenhilfsprogramm.**“

Aha, das Naturschutzgesetz musste man, so nebenbei, also auch ändern! Das ist ja eigentlich logisch, wenn zigtausende Windräder künftig unsere Vögel und Insekten schreddern, brauchen wir auch eine andere Einstellung zur Natur, der Schöpfung. Mit Unterstützung der Arten meint man vermutlich, dass jedes Windrad einen Nistkasten und ein Insektenhotel bekommt, vielleicht noch einen Falkenansitz auf der Spitze. Wenn es nicht so schrecklich traurig wäre, könnte man fast lachen. Wo bleibt da eigentlich der Aufschrei des BUND? Alles hat sich der Klimareligion zu unterwerfen.

Wer sich das Szenario nicht vorstellen kann, sollte nach Struth in Thüringen fahren oder sich die Bilder im Internet ansehen, dort ist man diesbezüglich schon weiter, nur gab es dort diesen Bundeszwang noch nicht, der es jetzt auf die Spitze treibt.

Die Problematik, dass diese Anlagen bei Windflaute gar keinen Strom erzeugen und man dafür konventionelle Anlagen mit gleicher Kapazität daneben stellen müsste, weil die Stromspeicherung nicht möglich ist, lassen wir mal außer Acht, ebenso die Frage, wer die Kosten übernimmt. Die privaten Investoren zahlen das natürlich nicht, die strecken das nur vor, falls der Staat zusichert, irgendwelche Dummen zu verpflichten, diese Kosten, incl. ordentlichem Gewinn, abzustottern. R. Müller

Windenergie an Land (Gesetzentwurf)

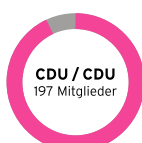
Gesetzentwurf der Fraktion SPD, B90/Die Grünen und FDP. Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land

Gesamtergebnis, 739 Mitglieder

• 379 Ja • 254 Nein • 31 Enthalten • 72 Nicht abg.



• 186 Ja
• 0 Nein
• 0 Enthalten
• 20 Nicht abg.



• 0 Ja
• 183 Nein
• 0 Enthalten
• 14 Nicht abg.



• 110 Ja
• 0 Nein
• 0 Enthalten
• 8 Nicht abg.



• 82 Ja
• 0 Nein
• 2 Enthalten
• 8 Nicht abg.



• 0 Ja
• 69 Nein
• 0 Enthalten
• 11 Nicht abg.



• 0 Ja
• 0 Nein
• 29 Enthalten
• 10 Nicht abg.



• 1 Ja
• 2 Nein
• 0 Enthalten
• 1 Nicht abg.

— WOHER WEHT DER WIND? —

Wirtschaftsminister Habeck und Landwirtschaftsminister Özdemir reisten nach Südamerika. Dass sie sich dort als „Häuptlinge“ vorgestellt haben, wurde in den Medien hinreichend berichtet.

Habeck tat kund, in Deutschland gäbe es so gut wie keinen Wald mehr. Herr Habeck ist nach eigenem Bekunden viel unterwegs, schaut er da auch gelegentlich einmal aus dem Fenster seines Dienstwagens? Vermutlich nicht, sonst hätte er gesehen, dass knapp ein Drittel Deutschlands bewaldet ist. Noch.

Der Plan der Regierung, 2% der Landesfläche mit Windrädern zu bepflastern, wird dies schnell ändern: Für ein Windrad müssen 0,8 bis 1 Hektar Wald gerodet werden.

Auch wenn ein Teil davon wieder aufgeforstet wird, kann man sagen, dass Häuptling Habeck mit seinem 2%-Ziel im Nebeneffekt verantwortlich für die größte Waldvernichtung in Deutschland ist. Bereits begonnen wurde dieser Prozess mit der Abholzung des Reinhardwaldes in Hessen, dem Wald der Gebrüder Grimm. Dort werden uralte Bäume gefällt. ‚Naturschutzverbände‘ stehen hinter dieser gigantischen Naturzerstörung.

Beim Bau eines Windrades wird Balsaholz eingesetzt, das überwiegend aus Ecuador stammt. Fahren die Häuptlinge auch dort vorbei, um sich anzuschauen, wie es dort mit der Abholzung der Wälder steht?  Redaktion

— WIEDERKEHRENDE MUSTER —

Klimaleugner“: der Begriff soll diffamieren, zeichnet sich jedoch durch seltsame Unbedarftheit aus: Klima ist laut Umweltbundesamt *„der mittlere Zustand der Atmosphäre an einem bestimmten Ort oder in einem bestimmten Gebiet über einen längeren Zeitraum. Als Zeitspanne für Untersuchungen des Klimas empfiehlt die Weltorganisation für Meteorologie (WMO - World Meteorological Organization) mindestens 30 Jahre, aber auch Betrachtungen über längere Zeiträume wie Jahrhunderte und Jahrtausende sind bei der Erforschung des Klimas gebräuchlich.“*

Klima ist also ein statistisch ermittelter Zustand der Erdatmosphäre.

Mithin wäre also ein Klimaleugner jemand, der eine statistische Methode leugnet. Den könnte man eher als „Mathematik-Leugner“ bezeichnen oder schlichtweg als mathematisch unbedarft.

Das Klima ändert sich, seitdem unsere Erde besteht. Diskutiert wird, inwieweit der Mensch Einfluss auf das Klima nimmt, hier insbesondere die Industrialisierung mit ihrem CO₂ Ausstoß.

Bei Corona sehen wir zurzeit, dass die kritischen Stimmen, die diffamiert, angeklagt und ausgegrenzt wurden, in nahezu allem Recht hatten, sei es die Unwirksamkeit von Masken, Ausgangssperren und Schulschließungen (siehe Bericht der Expertenkommission der Bundesregierung) bzw. die zahlreichen schweren Nebenwirkungen der Impfungen (eingeräumt vom Bundesgesundheitsminister). Ein „wer hätte das denn wissen können?“ gilt nicht, denn Prof. Bhakdi, Prof. Wodarg und viele andere haben frühzeitig auf die möglichen Nebenwirkungen sowohl der Maßnahmen wie auch der mRNA Injektionen gewarnt.

Die kritischen Stimmen zum Thema Klimawandel von

Prof. Fritz Vahrenhold, Dr. Sebastian Lüning und Dr. Bernd Fleischmann, um nur einige zu nennen, werden in gleicher Weise niedergemacht.

Es ist ein wiederkehrendes Muster: Statt Experten mit unterschiedlichen Meinungen in einen Diskurs zu bringen, werden Wahrheitsverkünder präsentiert, die jegliche Kritik durch Diffamierung der Kritiker im Keime ersticken. So geschehen auch am Beispiel des Pathologen Prof. Burghardt, der frühzeitig vor den Folgen der mRNA Injektionen warnte und von Dr. Drost, dem „Experten“, als alter Mann und unfähiger Rentner betitelt wurde.

Auch international finden wir das Muster: Der Investigativjournalist Seymour Hersh, der die Kriegsverbrechen in My Lai und in Abu-Ghuraib aufdeckte, wird nun nach seinem Bericht über die Sprengung von North Stream als senil dargestellt. Es werden „Experten“ aufgeföhren, die die Person an sich in Frage stellen, jedoch die Argumente nicht durch andere Beweise widerlegen. Stattdessen tischt man hier eine Geschichte auf, die die Intelligenz des Lesers beleidigt. Wie wurden die Tonnen Sprengstoff mit dem kleinen Boot transportiert? – ist nur eine der Fragen, die den nachdenklichen Leser an der Richtigkeit der Theorie zweifeln lassen.

Wollen wir beim Thema Klimawandel und den massiven Auswirkungen der dagegen von der Ampelregierung geplanten Maßnahmen auf unsere Wirtschaft und damit unser aller Wohlergehen den gleichen Fehler wieder machen? Um dann, wenn die Industrie in andere Länder abgewandert ist, eine Expertenkommission einzusetzen, die feststellt, dass alle Maßnahmen sinnlos waren? Dann ist es zu spät für den Standort Deutschland.  Eleonore Büschges

BRAUCHTUM OPFERN FÜR VERMEINTLICHE SICHERHEIT?

(WENN...) Wenn ich die Regierung wäre, ich würde die Menschen fragen: was kann ich für Euch tun?

WENN... worauf freut Ihr Menschen Euch nach zwei veranstellungslosen, verlorenen Jahren?

Und Ihr, die Menschen, würdet vielleicht antworten: Wir freuen uns auf fröhliches, unbeschwertes, vielleicht ein bisschen weinseliges Zusammensein, ein Miteinander, so, wie es früher immer war.

Denn **WENN...** wüsste ich, dass der innere Zusammenhalt, das wohlfühlende Miteinander in der Gemeinschaft unserer Dörfer, von Bräuchen, Traditionen und Ritualen lebt. Oft Jahrhunderte alt und gelebt, gehegt, gepflegt und verändert von Generationen, die hier geboren, aufgewachsen und auch gestorben sind.

WENN... dann wüsste ich, dass den Menschen ein verlässlicher, sich stets wiederholender Jahres-Rhythmus gut tut, nicht nur das Kirchenjahr mit seinen Wiederholungen, sondern auch Veranstaltungen und Feste bieten dabei Sicherheit im Jahreslauf und vor allem Vorfriede.

Und **WENN...** würde ich erschrecken über die Schlagzeilen unserer hiesigen Regionalzeitung, die fragt: „Passen große Feste nicht mehr zur größer gewordenen Gefährdungslage unserer heutigen Zeit?“ Die Titel der Antworten kennen wir: „Zwei Faschnachtszüge gestoppt“ und „Hohe Auflagen: Viele Feste vor dem Aus“ oder „Letzter Umzug in der Region gestoppt“ usw.... Und das war vermutlich noch nicht die letzte traurige Schlagzeile...

WENN... ich würde mich schämen für die Schlagwörter unserer ‚schönen‘ neuen Welt:

Gefährdungslage
Sicherheit und Haftung
Polizei- und Ordnungsbehörden-
gesetz §26: Gefahrenvorsorge und
Gefahrenabwehr bei öffentlichen
Veranstaltungen unter freiem Him-
mel

Wohin entwickeln wir uns? Würde ich erschrocken fragen, wenn ich die Regierung wäre.

Denn engagierte, mutige Menschen aus der Region, Weisenheim am Sand, aus Gönheim und Erpolzheim haben in ihren Leserbriefen zu ‚abgesagte Feste und neue Auflagen‘ an unsere Regionalzeitung klare Botschaften

gesendet: „Wir regulieren uns zu Tode“, „Irgendwas läuft gründlich falsch“ oder (Ehrenamt) „Macht mürbe und lustlos“.

WENN... hätte ich Angst, diese engagierten, fleißigen, stets ehrenamtlich tätigen Menschen zu verlieren und

WENN... hätte ich große Angst um unsere Jugend, die nach zwei verlorenen Jahren statt am Kerwestand zu helfen und zu flirten lieber am Handy tindert oder ein Speed-Dating bucht anstatt aufs Dorffest zu gehen!

Und wenn ich eine GUTE REGIERUNG wäre und vielleicht helfen wollte, dann hätte ich den vielen Fasnachtern am Fasnachts-Samstag in Maxdorf gut zugehört. Dort fand nach Absage des Fasnachtsumzuges eine Art Brauchtums-Demo statt, bei deren Abschluss-Kundgebung die Maxdorfer Flossbachschwalben, die Kraniche Birkenheide, die Landfrauen Maxdorfs, die TSG Maxdorf und der Maxdorfer Bürgermeister deutliche Worte fanden, was sie sich von der Politik wünschen:

Nämlich eine differenzierte Betrachtung von überregionalen Großveranstaltungen einerseits, deren Sicherheitskonzepte aus Steuermitteln getragen werden, Beispiel Fußballspiele. Andererseits kleine, regionale Veranstaltungen, die ein ähnliches Sicherheitskonzept aus eigenen Vereinsmitteln stemmen müssten. Kein Fokus allein auf die prestigeträchtigen Großveranstaltungen!



Damit einhergehend wurde gefordert, die staatliche Willkür bei der Einordnung der Größe der Veranstaltung und des damit verbundenen Risikos zu beenden. Gefordert wurde auch, innerhalb des Bundeslandes

Fortsetzung Seite 7

Gleichheit und Klarheit bei den Anforderungen zu schaffen! Keine Narrenfreiheit in der Verwaltung in Umsetzung und Auslegung des §26 oder aber: gänzlicher Wegfall des §26, denn:

Immer und immer stand bei der Planung des karnevalistischen Frohsinns, bei Festen und Veranstaltungen die Sicherheit aller friedlichen, fröhlichen, feiernden Menschen ganz oben.

Aber das Ausmaß der Bevormundung, diese Vollkasko-Mentalität, die uns ohne Helm und Warnweste am liebsten gar nicht mehr aus dem Haus lassen würde, dieser Sicherheits-Fanatismus, dieser Haftungswahn, diese wachsenden Gebote und Verbote, das macht uns zu dresierten, unmündigen, unselbstständigen und ängstlichen Bürgern. Einer kleinen Minderheit der Menschen kommt man damit vielleicht entgegen, aber mein Eindruck ist: die Mehrheit möchte so nicht leben.

Wird es jemals totale Sicherheit geben? Nein, gibt es nicht, das weiß jeder, deshalb versucht es gar nicht erst. Und wie schallte es in Maxdorf so schön vom Wagen der Schloßbachschwalben? Man kann net neben jeden Depp en Gescheite stelle!

WENN... ich setze den Rahmen für Rechte, für Freiheiten, für Sicherheit. Und den Rest überlasse ich den Bürgern. Diese wissen am Besten, was für sie gut ist. Sie sind mündig, verantwortungsbewusst, verlässlich und sozial - zumindest die Allermeisten, wenn man sie lässt!

Und **WENN** ich eine gute RP-Landesregierung wäre, würde ich mich fragen: Worauf verzichten wir ohne unsere Umzüge, Weinfeste, Blüten- und Spargelwanderungen?

Wir verzichten auf Werbung für eine außergewöhnlich schöne, fröhliche, gesellige Region, auf Absatzmärkte unserer regionalen Produkte, insbesondere des Weines und auf die leidenschaftliche, kraftvolle und einladende Botschaft an unsere Gäste: nämlich PFALZ-GENUSS statt PFALZ-SICHERHEIT!

WENN... ich würde nicht durch Verbote die Spaßkultur in die Knie zwingen und den Menschen überbordende Regularien überstülpen, sie in ein Korsett zwingen.

Regularien, die ins Private derart hineinreichen, dass sie unser Heizen, unser Duschen, unseren Individualverkehr, unser Essen und auch unser Denken derart bestimmen, sind nicht richtig!

Ich sage **NEIN** zu zerstörendem bürokratischem Sicherheits-Fanatismus!

Und ich sage **JA** zu einem fröhlichen, entspannten, vertrauensvollen, selbstbestimmten und verantwortlichen Miteinander der Menschen! 

Ingrid Schulze

UNTERNEHMER FÜR DIE ZUKUNFT

Der Mittelstand galt stets als das Herz der deutschen Wirtschaft. Nach Corona sieht die neue Realität anders aus. „Die Politik dient den großen Konzernen und schadet dem Mittelstand, wir werden von der eigenen Regierung zugrunde gerichtet“, so ein Unternehmer aus Bad Dürkheim, der hier anonym bleiben möchte. Schon durch die Anti-Corona-Maßnahmen seien viele kleine und mittelständische Unternehmen in existenzielle Gefahr geraten. Die Vervielfachung der Strom-, Gas- und Treibstoffkosten, unterbrochene Lieferketten sowie die Kriegspolitik der Bundesregierung brächten den Mittelstand in eine weitere unnötige Not, sowie die Wettbewerbsfähigkeit vieler Unternehmen in Gefahr.

Das ist einer der Gründe, warum in den letzten Jahren im gesamten Bundesgebiet regionale Unternehmerinitiativen entstanden sind. Mit dem Internetauftritt „Unternehmerstehenauf.net“ soll die wirtschaftliche Kraft der selbstständigen Handwerker, Dienstleister, Unternehmer und Künstler bundesweit gebündelt und der Wunsch nach Veränderung in die Öffentlichkeit getragen werden. Der Unternehmerzusammenschluss will mit demokratischen Mitteln einen Kurswechsel der aktuellen Politik einläuten.

Ein vielversprechendes Zukunftsmodell legt der Historiker und Journalist Peter Haisenko in seinem Buch „Die Humanistische Marktwirtschaft: Das Wirtschafts- und Finanzsystem zum Wohle aller Menschen“ dar.

Er schreibt: *„In einer Welt, in der alles käuflich ist - vom Mörder über Medien bis hin zu Abgeordneten -, ist echte Demokratie unmöglich. Wer Demokratie will, muss als wichtigste Voraussetzung ein Finanz- und Wirtschaftssystem fordern, das die Macht des Kapitals bricht, der „wundersamen Geldvermehrung“ durch Zins und Zinseszins ein Ende setzt und Korruption weitgehend unmöglich macht. Die Humane Marktwirtschaft wird das leisten, und nicht nur das. Sie wird den Menschen Freiheit schenken in bisher nicht gekanntem Ausmaß; ein Leben frei von Lohnsteuer und Inflation und damit eine zuverlässig planbare Zukunft. Um das zu erreichen, bedarf es keiner blutigen Revolution, sondern lediglich der Rückbesinnung auf die Grundsätze des Humanismus - und deren konsequente Umsetzung.“* Neben dem Buch steht im Internet auch eine kostenlose Dokumentation mit dem Titel „Plan B - Die humane Marktwirtschaft zur Verfügung“.

Auch in Bad Dürkheim und Neustadt gibt es Unternehmerstammtische, die sich mit diesen Themen beschäftigen. Man vernetzt sich, tauscht sich aus und sucht nach guten Lösungen. Falls Sie gerne mitdiskutieren oder Kontakt zu den Unternehmern möchten, schreiben Sie an unsere Redaktion. 

Irmtraud Bärmann

SCHLEICHENDE ENTEIGNUNG DURCH DIE GRUNDSTEUERREFORM UND DAS LASTENAUSGLEICHGESETZ?



Dass die Menschen, wenn es nach dem Willen unserer Regierung und unseres Wirtschaftsministers geht, künftig alles nur noch mieten und nichts mehr kaufen werden, konnte der aufmerksame Bürger zwischenzeitlich häufiger lesen. Die Deutschen Wirtschaftsnachrichten berichteten zum Beispiel am 10.04.2021: „Keine Privatsphäre und kein Eigentum: Die Welt im Jahr 2030 nach Wunsch des Weltwirtschaftsforums“.

In der vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit herausgegebenen Broschüre, „Smart City Charta - Digitale Transformation in den Kommunen“ wird auf Seite 43, unter „Post-ownership society“ den Kommunen und uns Bürgern folgendes mitgeteilt: „Dank der Informationen über verfügbare, geteilte Waren und Ressourcen macht es weniger Sinn, etwas zu besitzen: Vielleicht wird Privateigentum in der Tat ein Luxus. Daten könnten Geld als Währung ergänzen oder ersetzen“.

Der Gründer und geschäftsführende Vorsitzende des Weltwirtschaftsforums Klaus Schwab drückte es in einem Werbefilm für den Great Reset so aus: „Im Jahr 2030 werden Sie nichts besitzen und glücklich sein“. Er verrät allerdings nicht, wer dann die neuen Eigentümer unseres ehemaligen Besitzes sind.

Wenn es also nach den Regierungen und den Mitgliedern des Weltwirtschaftsforums geht, könnten wir bereits in 7 Jahren tatsächlich in einer Welt ohne Privateigentum leben. Wie das vonstattengehen kann, werden viele Bürger nicht nur bei der Inflation und dem Anstieg der Energiekosten, sondern auch bei der Grundsteuerreform und der Umsetzung des Lastenausgleichsgesetzes zu spüren bekommen.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil vom 10.04.2018 die Reform der Grundsteuer vorgeschrieben. Ende 2019 kam der Gesetzgeber dieser Aufforderung nach und verabschiedete neue bewertungsrechtliche Vorgaben. Demnach wird für jedes Grundstück ein neuer Grundsteuerwert ermittelt, auf dessen Basis dann ab 2025 die Grundsteuer erhoben wird.

Da das Grundsteueraufkommen den Gemeinden zusteht, sieht die auf Bundesebene getroffene Regelung die Möglichkeit vor, dass die Bundesländer davon abweichende Vorgaben treffen können. Hiervon haben einige Bundesländer in unterschiedlicher Weise Gebrauch gemacht. Damit können nun je nach Lage des Grundstücks verschiedene Bewertungsregeln und/oder Regeln zur Ermittlung der Grundsteuer zur Anwendung kommen. Die Problematik der neuen Grundsteuer zeigt der SWR am Beispiel eines Freiburger Rentners. Nach dem neuen Bescheid muss Norbert S. ab 2025 jährlich eine Grundsteuer in Höhe von 14.000 Euro, anstatt wie bisher 433 Euro/Jahr, bezahlen.

Aufgrund der unterschiedlichen Bewertungsregeln führt der Bund der Steuerzahler aktuell gemeinsam mit betroffenen Eigentümern, mehrere Musterklagen und empfiehlt allen Eigentümern innerhalb von vier Wochen nach Erhalt des Grundsteuerwertbescheides Widerspruch beim Finanzamt einzulegen. Wenn das Finanzamt später die tatsächliche Grundsteuer mitteilt, ist es zu spät.

Der renommierte Berliner Historiker und Regierungsberater Heinrich August Winkler stellte gegenüber der Rheinischen Post fest, dass die gravierenden finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise uns vor die größte

Fortsetzung Seite 9

finanzielle Herausforderung der deutschen Nachkriegsgeschichte stellen wird. „Die Geldsummen, um die es geht, dürften mit denen der deutschen Einheit vergleichbar sein. Es wird eine Umverteilung großen Stils notwendig sein, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise zu mildern“, so Winkler.

Ganz neu ist die Idee nicht. Zur Erinnerung: Nach dem Ende des 2. Weltkriegs gab es 1952 einen Lastenausgleich. Damit sollte vor allem den Opfern von Bombardierungen, Vertreibung und Währungsreform geholfen werden. Das Geld wurde von den Bürgern bezahlt, die ihren Besitz im Krieg nicht verloren haben. Damals wurden alle Vermögen über 5000 D-Mark mit einer Abgabe in Höhe von 50 Prozent belastet – die Zahlungen allerdings über 30 Jahre gestreckt. Am Ende kamen etwa 150 Milliarden D-Mark zusammen.

Die Grundlage zur Durchführung eines solchen Lastenausgleichs wurde unbeachtet von den großen Medien bereits im Dezember 2019, also kurz vor dem Ausbruch der Coronakrise, durch eine Gesetzesänderung des Deutschen Bundestags geschaffen. Konkret ist es die Änderung von Artikel 21 des Gesetzes zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts (Lastenausgleichsgesetz) – mit Geltung ab dem 01.01.2024.

Darin heißt es: „Das neue 14. Sozialgesetzbuch (SGB XIV) regelt die Entschädigung von schädigungsbedingten Bedarfen von... Personen, die durch eine Schutzimpfung oder sonstige Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe nach dem Infektionsschutzgesetz eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben“.

Mit anderen Worten: Der Staat kann ab dem 01. Januar 2024 einen Lastenausgleich und damit eine weitere Art der Enteignung für die Entschädigung von Impfpfern durchführen.

Besonders perfide: Die großen finanziellen Gewinner der Pandemie, nämlich die Pharmakonzerne Biontech, Pfizer, Moderna etc. wurden von der Haftung für ihre Produkte von den Regierungen freigestellt. Für Impfschäden, die durch eine Corona-Impfung entstanden sind, haftet der Steuerzahler. Bei uns in Deutschland regelt das der Paragraph 60 des Infektionsschutzgesetzes, zuletzt geändert durch Artikel 1 G. v. 28.05.2021 BGBl. I S. 1174.

Schon deshalb muss nach meiner Meinung nun die umfassende Aufarbeitung der Pandemie erfolgen. Solche Fehler dürfen künftig nicht mehr vorkommen. Interessant erscheint mir in diesem Zusammenhang auch ein Artikel, der am 10.02.2023 in der Berliner Zeitung erschien: „Zulassungsdesaster: Lobbyarbeit und Rechtsbruch im Fall der mRNA-Präparate“. Dieser wurde noch am gleichen Tag wieder gelöscht und nur aufgrund zahlreicher Kritik und beharrlichem Nachfragen des Journalisten Boris Reitschuster wieder veröffentlicht.

Um all diese Missstände und Versäumnisse aufzuarbeiten und um das verloren gegangene Vertrauen der Bürger wieder zurückzugewinnen, muss deshalb auch untersucht werden, welche fragwürdige Rolle ein Großteil der deutschen Medienlandschaft dabei gespielt hat. Die Verflechtung von Medien und Politik muss beendet werden.

Um eine freie und möglichst objektive Meinungsbildung zu ermöglichen, müssen die Medien ihre Funktion als vierte Macht im Staat wieder ausfüllen.  Irmtraud Bärmann

Die Quellenangaben (...) und Grundlagen sowie einen Musterbrief vom Bund der Steuerzahler für den Einspruch zum Grundsteuerwertbescheid, finden Sie unter:

www.miteinander-duew.de/nr-4-april-2023-quellen

NOCH GELD AUF DEM KONTO?



Wenn der Hauseigentümer nach den überbordenden Energiekosten, dem Lastenausgleich und der Grundsteuer überhaupt noch finanzielle Mittel hat, so werden diese durch zwei weitere Forderungen der Politik weiter geschmälert. Bundeswirtschaftsminister Habeck will Öl- und Gasheizungen verbieten. Und die EU hat beschlossen, dass Häuser energetisch saniert werden müssen. Neben der Frage nach der Sinnhaftigkeit dieser Maßnahmen stellt sich die nach der Finanzierung sowie nach dem Bedarf an Rohstoffen und Handwerkern. 

Redaktion

— WENN FALKEN ZWITSCHERN —

Das pfeifen die Spatzen von den Dächern, heißt ja in etwa: „Wahrheit wird öffentlich hörbar“. Man muss halt nur dem allgemeinen Gezwitscher etwas genauer lauschen. Das englische „Twitter“ mag ursprünglich wegen dieser Bedeutung als Name für den Mikroblogging-Dienst des US-amerikanischen Unternehmens Twitter Inc. gewählt worden sein.

Seit seiner Entstehung hat sich hier eine Medienmacht etabliert, in der eine sehr schnelle, direkte Kommunikation vor allem zwischen denen, die etwas tatsächlich mitzuteilen haben, wie Parteien, Politiker, Behörden, Unternehmen und Wissenschaftler, und denen, die berufsmäßig auf der Jagd nach Neuigkeiten sind, also hauptsächlich Journalisten stattfindet (1).

Zeit um gründlich zu recherchieren bleibt bei dieser Jagd nicht, das liegt aber wohl auch gar nicht mehr im Interesse heutiger Akteure. Zuerst zählt Reichweite. Leises Zwitschern wird geflissentlich überhört.

Wie nun durch die sogenannten Twitter Files in den vergangenen Monaten öffentlich sichtbar geworden ist, kam hier allerdings noch ein weiteres Problem hinzu. Staatliche US-Organisationen wie das FBI und die diversen Geheimdienste haben im Laufe der vergangenen Jahre immer stärker in diese Informationskanäle eingegriffen, bis sie zuletzt dem Unternehmen Twitter Inc. täglich Listen mit Zielpersonen gaben, welche zur Zensur bestimmt waren (2). Diese Praxis betrifft die anderen sozialen Medien wie Facebook, YouTube und weitere ebenfalls, wie nun bekannt wurde.

So wurden entweder Konten vollständig abgeschaltet, oder die Reichweite der Konten von ausgesuchten Personen wurde durch „shadow banning“ eingeschränkt (3). Übersetzt bedeutet dies, dass man etwas in den Schatten stellt und weniger sichtbar macht, ohne dass die betroffenen Personen das selber wahrnehmen.

Die im Hintergrund agierenden Falken in staatlichen Organisationen und Strukturen verstehen, dass die effizienteste und kostengünstigste Variante der Ausübung von Macht und Kontrolle dort ansetzt, wo Informationen gerade noch nicht öffentlich bekannt sind.

Größtes Problem für eine demokratische Organisiertheit moderner Gesellschaften ist der Umstand, dass so deren wichtigste Voraussetzung, nämlich die vollumfängliche Informiertheit der Zivilgesellschaft, komplett untergraben wird.

Orwellsche Dystopien werden hier Realität. Dies ist genau die Kriegsform, welche schon seit langer Zeit die Spatzen von den Dächern pfeifen: Der Informationskrieg.

Der eigentliche Feind ist nicht sichtbar, und die Schlacht findet in den Köpfen der Menschen selber statt, indem schon die Wahrnehmung des einzelnen gelenkt wird.

Wen wundert es da, dass diese brisanten Informationen und Zusammenhänge im öffentlichen Raum keine große Rolle spielen. Eine Debatte über die im großen Stil orchestrierte Manipulation der Menschen findet nicht statt. Wenn die Machtgierigen dann noch konkret auf ein Feindbild ver-

weisen, gerade so wie ein Kaufhausdieb, der laut ruft: „Haltet den Dieb!“, während er hinaus rennt, ist die Sache rund. Konkretes im Falle Twitter? Russiagate zum Beispiel.

Wenn man unter diesem Begriff bei Wikipedia nachschaut, erhält man die Information, dass die russische Regierung 2016 aktiv die Wahlkampagne von Hillary Clinton beschädigte und die Kandidatur von Donald Trump unterstützte, womit sie politische und soziale Konflikte in den Vereinigten Staaten verstärkt haben soll (4). Diese Aktion soll, und da bezieht sich der Wikipedia-Eintrag auf die U.S.-Geheimdienste-Gemeinschaft als Quelle, direkt durch den russischen Präsidenten Vladimir Putin befohlen worden sein. Zwar gab es laut diesem Eintrag eine besondere Untersuchung, doch man konstatierte in der Veröffentlichung hierzu im April 2019, dass keine ausreichenden Belege gefunden worden seien, um ein Amtsenthebungsverfahren wegen einer Verschwörung gegen Trump betreiben zu können. Die Information, dass die Russen sich eingemischt hatten, blieb in den Köpfen.

Unter den Enthüllungen, welche Matt Taibbi, Bari Weiss (beide Journalisten) und der Autor Michael Shellenberger nach der Freigabe der Twitter Files durch Elon Musk an die Öffentlichkeit brachten, war der Nachweis, dass die immer wieder behauptete Einflussnahme auf die Präsidentschaftswahlen durch die Russen nachweislich so nicht stattgefunden hatte. Etablierte Meinungen hat das nur wenig beeinflusst, da die Information nicht deutlich sichtbar wurde.

Weitere Enthüllungen betrafen die Machenschaften der Biden Familie, welche, inzwischen ganz offensichtlich, durch die Zensurpraxis bei Twitter unter den Deckmantel des Schweigens gelegt wurden (5).

Insgesamt ist nachgewiesen, dass die Demokraten bei den großen Internet Plattformen in viel besserem Licht gezeigt wurden, als die Republikaner. Außerdem wirkten keine Kräfte von außerhalb so stark ein wie behauptet, sondern es findet eine direkte Zusammenarbeit und Einflussnahme vor allem durch die inländischen politischen und staatlichen Akteure in den großen privaten Medienunternehmen statt. All das wohlgemerkt, um in dem Informationskrieg, welcher in und um unser aller Köpfe geführt wird, die Oberhand und Macht zu gewinnen und zu behalten. Eben deshalb werden diese Informationen nicht an die große Glocke gehängt. Auch hier bei uns nicht. Schlimm genug, dass da immer wieder irgendwelche kleinen Spatzen zwitschern.

Es ist bei näherer Betrachtung zwar klar – wer mit dem Finger auf einen anderen zeigt, weist zugleich mit vier Fingern auf sich selber, aber das wird ja gerne mit lautem Getöse übertönt. Haltet den Dieb!

Meine Empfehlung: Glauben Sie nicht alles, denken Sie selbst, und hören Sie genau auf die leisen Zwischentöne!



Martin Hilbert

Die Quellenangaben (...) finden Sie unter:
www.miteinander-duew.de/nr-4-april-2023-quellen



— BÜRGER MELDEN SICH —

Am Mittwoch, den 15. März 2023 wurde die BBB (BauerBürgerBewegung) bei den Wahlen der Provinzialräte in den Niederlanden mit durchschnittlich annähernd 20% der abgegebenen Stimmen in allen Provinzen aus dem Stand zur stärksten Kraft (1).

Dieses erstaunliche Ergebnis täuscht allerdings darüber hinweg, dass sich die Mehrheitsverhältnisse in der gegenüber der 2. Kammer politisch etwas unwichtigeren 1. Kammer, nicht grundlegend ändern werden. Den bis zu 30 Opponenten der Regierungspolitik werden circa 45 Befürworter dieser Politik entgegenstehen (2).

Mark Rutte (VVD), seit 2010 Ministerpräsident der Niederlande, gibt sich angesichts der Wahlergebnisse in aktuellen Interviews sehr betroffen und spricht von einem Denkkzettel für seine Regierungskoalition (3), wettete doch Caroline van der Plas, die Vorsitzende der BBB regelmäßig gegen die Stickstoffpolitik der Regierung. Das Ergebnis zeigt, dass die Menschen nicht länger stillhalten und alles, was die Regierung will, bereit sind zu ertragen.

Eine der geplanten Folgen von Ruttes Agenda ist die freiwillige oder erzwungene Außerbetriebsetzung, alternativ dazu sogar die Enteignung, von 30% der niederländischen Bauern. Hier ist nicht die Rede von einigen Insektenzüchtern, sondern von Bauern in der weltweit zweitgrößten Exportnation für landwirtschaftliche Produkte.

Laut Ab Flipse wird Rutte bei seinem Kurs der vergangenen 13 Jahre bezüglich Klima, Migration und der pro-Euro Haltung bleiben und den Zug weiterhin ungebremsst in dieselbe Richtung lenken, während Tom de Nooijer (2) hierzu betont, dass in dieser Wahl die Mitte offensichtlich weggefeigt und die Gegnerschaft der politischen Pole noch verstärkt wurde.

Hier, ähnlich wie in allen anderen westlichen Staaten, werden die Gräben der Spaltung also noch tiefer, mit deutlich stärkerer Ausprägung der Extreme. Die ständig aufflammenden Unruhen der drangsalierten Bevölkerung lassen nichts Gutes ahnen.

Auch in Frankreich steht die Bevölkerung gegen die Pläne der Regierung zur Rentenreform auf. Präsident Macron ließ nicht abstimmen, sondern nahm eine zwar von der Verfassung gedeckte Regelung in Anspruch, die allerdings bei einer solch schwerwiegenden Entscheidung nicht unserem Demokratieverständnis entspricht. Misstrauensvoten wurden bereits gestellt.

Ein Schelm kann deutlich sehen, dass der ausgelöste Unmut gezielt genutzt werden kann, um weitergehende Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Klaus Schwab kündigte das ja mehrfach an: „Ju will ohn nossing änd ju will bie häppi!“ 

Martin Hilbert

Die Quellenangaben (...) finden Sie unter:
www.miteinander-duew.de/nr-4-april-2023-quellen

UND DANN WAREN DA NOCH...

...die „Klimakleber“, die nicht zum Gerichtstermin erschienen, weil sie nach Bali in den Urlaub geflogen sind. Die „Letzte Generation“ erklärte, die beiden hätten „den Flug als Privatleute gebucht, nicht als Klimaschützer. Das muss man auseinanderhalten.“ Ach so.

 Redaktion

— AUFGEWACHT!? —

woke, Adjektiv

[wɔʊk]

aus dem Englischen:
„erwacht“, „wach“

In hohem Maß politisch wach und
engagiert gegen (insbesondere
rassistische, sexistische, soziale)
Diskriminierung

Man traut sich kaum noch zu plaudern. Es könnte einem/einer/einem ja durchaus dabei passieren, einen Begriff oder eine Wortsequenz zu verwenden, die von woken Zeitgenossen:innen bemerkt und der Diskriminierungsstelle gemeldet werden.

Lange habe ich an meinen Englischkenntnissen gezweifelt, würde doch „erwacht“ mit „woken“ ins Englisch zu übersetzen sein. Wikipedia klärt mich auf: es heißt wirklich „woken“, wurde aber durch schnoddrige Aussprache zu woke.

Laut Duden bedeutet woke „in hohem Maße politisch wach und engagiert gegen (insbesondere) sexistische, soziale und rassistische Diskriminierung“. Schade, dass die Diskriminierung Andersdenkender nicht eingeschlossen ist, sondern es eher so erscheint, als würden die „Woken“ diejenigen, die beispielsweise über Corona oder Krieg anders als der Main stream denken, ebenfalls verdammen. Wie wäre es mit wachsam sein gegenüber allem Unrecht? Wobei dies eine einheitliche Definition

von „Unrecht“ voraussetzt.

Unsere Gerichte sprechen ihr Urteil „im Namen des Volkes“. Ist es in Ihrem Namen, wenn Menschen wegen eines Spaziergangs mit Kerze verurteilt werden? Ist es in Ihrem Namen, wenn Ärzte, die ihren Patienten helfen wollten, zu hohen Gefängnisstrafen ohne Bewährung verurteilt werden, während Vergewaltiger auf Bewährung frei gelassen werden? Hier wäre durchaus mehr wokeness angebracht.

Wer „behauptet“, dass es biologisch gesehen nur zwei Geschlechter gibt, erregt die woke Aufmerksamkeit, die beispielsweise in Berlin dazu geführt hat, dass eine Professorin der Biologie ihren geplanten Vortrag nicht halten durfte, weil sie derartiges behaupten würde. (1) Spannend dabei: es war eine kleine Gruppe, die dies bewirkt hat.

Aus Angst ziehen Zeitungen es vor, sogenannte „umstrittene“ Formulierungen, Themen, Meinung gar nicht zu veröffentlichen. Dies schränkt die Meinungs- und Informationsfreiheit ein.

Liedtexte werden umgeschrieben, weil darin Rassismus versteckt sei: aus „wir spielten Cowboy und Indianer“ wurde ein „spielten miteinander“ – ein Bravo an den Texter, der sich in seinem Urheberrecht verletzt sah – flugs wurde ihm Rechtsradikalismus unterstellt.

Neuestes Opfer: Jim Knopf von Michael Ende, da der Jungs zu „stereotyp“ dargestellt sei. Tagesschau zitiert am 12.3.2023 einen Kunsthistoriker und Comicexperten Braun: „Manche Geschichten haben es verdient, in der Versenkung zu verschwinden.“ Zensur? Wer entscheidet?

Der letzte Coup: eine anonyme Meldestelle für Diskriminierungen. Sozusagen eine Aufforderung zur Denunziation. Das hat Potenzial zu einem neuen Volkssport. Erfahrungen haben die Deutschen darin ja genug. (2) 

Redaktion

Die Quellenangaben (...) finden Sie unter:
www.miteinander-duew.de/nr-4-april-2023-quellen

GANZ ZUM SCHLUSS

Unser Anliegen ist es, mit Ihnen, geschätzte Leserin und geschätzter Leser, in Kontakt zu kommen mit dem Ziel, eine breite Diskussion anzuregen. Über unsere Website oder unter der E-Mail: reden@miteinander-duew.de können Sie uns erreichen. Wir freuen uns über Anregungen, Angebote zur Mitarbeit, Kritik und Unterstützung.

Besuchen Sie auch gerne unsere Website: www.miteinander-duew.de. Dort finden Sie regelmäßig Informationen und neue interessante Artikel! Die Zeitung ist privat finanziert.